

nationale Fraktion im Landtag den Antrag auf Auflösung und Neuwahlen stellen werden. Da die Kommunisten ebenfalls für Neuwahlen in Preußen eingetreten sind, so hat dieser Antrag, falls er gestellt würde, die Wahrscheinlichkeit einer Annahme für sich. U. G. dürfte eine Landtagsauflösung, trotz allem, nur als letztes Mittel in Betracht kommen. Wir tragen nach Neuwahlen ganz und gar kein Verlangen. Aber wenn es gar nicht anders geht, dann eben Neuwahlen. Der letzte Landtag trägt den Keim der Dauerkrise in sich. Dr. R.

Die Entscheidung des Danziger Völkerverbandskommissars.

Polen will Protest beim Völkerverband einlegen.

W. Warschau, 5. Febr. Die Polnische Telegraphen-Agentur veröffentlicht in der Danziger Völkerverbandsangelegenheit die gefällte Entscheidung des Völkerverbandskommissars mit folgendem amtlichen Kommentar: Der Kommissar des Völkerverbands fällte heute die Entscheidung in der Angelegenheit und erklärte, daß die polnische Post in Danzig ausschließlich für den Verkehr der polnischen Post in Danzig bestimmt sei, und daß sie nicht das Recht habe, außerhalb ihrer Zentrale auf dem Gebiet des Völkerverbands Posteinrichtungen zu unterhalten. Diese Entscheidung führt der Kommissar auf die Auslegung früherer Schiedssprüche, die sich nicht auf polnische Einrichtungen im Danziger Hafen beziehen. Er läßt aber hier außer Acht den Vertrag von Versailles, die verpflichtenden Abkommen zwischen den beiden Parteien und die Protokolle zum Warschauer Abkommen, die mit den abmahnenden Erklärungen der beiden Parteien versehen sind. Die obige Entscheidung des Kommissars hat keinerlei exekutive Kraft. Polen legt beim Völkerverband Protest ein, der die endgültige Entscheidung treffen wird.

Die polnische Presse nimmt, da die Entscheidung in später Nacht eingetroffen ist, nur zum Teil dazu Stellung.

Die nationaldemokratische „Gazeta Polska“ steht in der Beschränkung des polnischen Postverkehrs in Danzig eine Stärkung des deutschen, nach Revanche schneidenden Elementes. Der Kampf in Danzig sei nur eine Episode des von Berlin mit eiserner Konsequenz gegen die Ordnung der Dinge geführten Kampfes, der in einem für Deutschland günstigen Moment mit der Waffe in der Faust ausgefochten wird.

„Gazeta Polska“ nennt das Vorgehen des Kommissars als nicht im Interesse des Ansehens des Völkerverbands gelegen und im Widerspruch stehend mit der Friedenspolitik, die England vor allem im Baltikum führe.

Die sonst ruhige „Robotnik“ alaßt feststellen zu müssen, daß es Mac Donnell bei der angeführten Entscheidung darum zu tun gewesen sei, seine Parteilichkeit zu betonen. Er habe der Entscheidung des Völkerverbands vorgeschrieben, was als Mißbrauch seines Amtes zu betrachten wäre.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen in Paris.

TU. Paris, 5. Febr. Der Handelsminister Ragnaldi hat gestern vormittag mit der Prüfung der deutschen Untervorläufe begonnen. Über den allgemeinen Inhalt der Note berichtet der „Temps“ folgendes: Die deutsche Delegation erklärt sich von den technischen Erklärungen zu den früheren französischen Vorschlägen befriedigt. Die deutsche Antwort enthält eine ausführliche Zusammenfassung des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen, wobei wiederholt auf die Frage der Weizsäcker-Entscheidung hingewiesen wird. Die deutsche Delegation scheint ihre ursprüngliche Forderung auf Einräumung der französischen Weizsäcker-Entscheidung in dem endgültigen Handelsvertrag aufrechterhalten zu wollen, und sie betont, daß die französische Gesetzgebung eine Weizsäcker-Entscheidung de facto keinesfalls ausschließt. Die deutschen Unterhändler betonen ihren ausdrücklichen Wunsch, die Verhandlungen fortzusetzen und scheitern als Verhandlungsbasis die letzten französischen Vorschläge an. Staatssekretär Renaudie hat den französischen Untervorläufen am 18. Dezember 1924 zwischen der deutschen und französischen Regierung und dem Völkerverbanden wurde. Er werde Ragnaldi über die wahre Tragweite des Abkommens noch genauere Aufschlüsse erteilen. Ragnaldi hat nach Prüfung der deutschen Antwort dem deutschen Verhandlungsleiter mitgeteilt, daß er die Verhandlungen so schnell wie möglich zu einem befriedigenden Ausgange zu führen wünsche. Er bitte daher die beiden Delegationen, heute nachmittag zu einer Vollversammlung zusammenzutreten.

Von deutscher Seite erhielt die Telegraphen-Union dazu, daß sie heute nachmittag eine Vollversammlung anberaumt ist. Heute vormittag um 11 Uhr wird Staatssekretär Renaudie mit dem französischen Handelsminister eine Vorbesprechung führen. Die Behauptung des „Temps“, daß die deutsche Delegation die französischen Vorschläge als Verhandlungsbasis annehmen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Heute nachmittag hat der französische Handelsminister der deut-

lichen Delegation eine Empfangsbefähigung der Antwortnote zugesagt. Der „Intransigent“ meldet, daß die deutsche Antwort morgen veröffentlicht wird. Auf deutscher Seite wird betont, daß es sich um ein Mißverständnis handeln müsse, da die Zustimmung Renaudies zur Veröffentlichung des Schriftstückes nicht eingeholt wurde. Daher würde die Veröffentlichung der Note einen Verstoß gegen die diplomatischen Gebräuche bedeuten.

Trendelenburg bei Ragnaldi.

TU. Paris, 5. Febr. Staatssekretär Trendelenburg ist heute vormittag 11 Uhr vom Handelsminister Ragnaldi empfangen worden. Die „Information“ stellt fest, daß es sich am heutigen Tage entscheiden werde, ob ein vorläufiges Abkommen mit Deutschland möglich oder unmöglich sei. Auch „Paris Midy“ hebt hervor, daß sich die Lage heute endgültig klären werde.

TU. Paris, 5. Febr. „Journal“ teilt mit: Handelsminister Ragnaldi habe auf Ersuchen der deutschen Delegation die Vollversammlung für heute nachmittag anberaumt. Die Nachrichten, wonach die Sitzung auf Wunsch der deutschen Delegation ausgesetzt sein soll, entsprechen nicht den Tatsachen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß beide Delegationen gemeinsam den Sitzungstermin festgelegt haben.

Ein Abkommen zwischen der deutschen und französischen Wirtschaftskommission.

TU. Paris, 5. Febr. Zwischen der deutschen und französischen Wirtschaftskommission ist ein Abkommen dahin getroffen worden, die schriftliche Verhandlungsmethode aufzugeben und von morgen ab die mündlichen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen der Pariser Abendblätter enthalten eine Mitteilung über die Erklärung der deutschen Delegation, wonach diese zu Verhandlungen über ein provisorisches Statut bereit ist, unter der Voraussetzung, daß die Frage der Weizsäcker-Entscheidung für den endgültigen Handelsvertrag eine verbindende Bestimmung findet.

Amerika und die Reparationszahlungen.

TU. New York, 5. Febr. Die Senatsdebatte über die Teilnahme an der Pariser Finanzkonferenz und deren Ergebnis dauert noch weiter an. Die Opposition hat sich in keiner Weise mit den Erklärungen Hughes' über die Pariser Abmachungen zufrieden gegeben. Johnson und seine Anhänger werden eine neue Resolution einbringen, in der die Regierung nochmals gefragt wird, ob Amerika in Paris irgendwelche Verpflichtungen übernommen habe, an Sanktionen gegen Deutschland teilzunehmen, wenn es seine Verpflichtungen nicht nachkomme. Johnson ist der Ansicht, daß die Militärs den Vorbehalt des Senats auf der Konferenz nicht zugestimmt hätten. Bei verschiedenen Militärs herrsche sogar die Ansicht vor, daß Amerika an den gegen Deutschland zu erlassenden Maßnahmen teilnehmen müsse und dadurch gewonnen sei, sich an den politischen Vorfällen in Europa zu interessieren. Auf der Pariser Konferenz seien geheime Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geführt worden, über die Hughes sicher nicht berichtet habe. Der Senat habe das größte Interesse, genau zu erfahren, ob Amerika irgendwelche Verpflichtungen übernommen habe, sich aktiv an den europäischen Vorfällen zu beteiligen. Für Amerika sei es eine Frage von allergrößter Wichtigkeit, ob es sich in die Angelegenheiten der europäischen Staaten verwickeln lassen wolle oder jede Einmischung ablehne.

Senator Johnson über das Pariser Finanzabkommen.

TU. New York, 5. Febr. Unter dem Beifall der Galerien sprach gestern im Plenum des Senats der Senator Johnson über die Pariser Konferenz. Er wandte sich gegen den von Hughes im Auftrag des Präsidenten Coolidge vorgelegten Text des Pariser Finanzabkommens und erklärte, es sei nicht zu leugnen, daß Amerika durchs Hintertürchen wieder in die europäische Politik zurückkehre. Hughes nehme an, daß Amerika durch das Pariser Abkommen nicht an Sanktionsmaßnahmen gebunden wäre. Aber eine spätere amerikanische Regierung könne zu einem anderen Ergebnis kommen und sich der Ansicht anschließen, die heute bereits die Militärs vertreten. Denn Amerika sei durch seine prozentuale Beteiligung an den Reparationszahlungen Deutschlands, mit europäischen Mächten Deutschland zum Abzahlen anzuhalten. Kellog habe versucht, in Paris Vorbehalte durchzubringen, wobei er behaupte, daß Amerika wohl erkannt habe, daß es mit der Unterzeichnung des Abkommens mehr übernommen habe, als es durch seine Beteiligung an den deutschen Zahlungen erhalte. Kein amerikanischer Vertreter sei berechtigt, Amerika in europäischen Angelegenheiten zu verwickeln. Er lege sich daher in Widerspruch mit dem Willen des amerikanischen Volkes. Amerika habe dafür zu sorgen, daß der Dawesplan nicht Gefahr laufe, beim ersten Anzeichen der Krise ein Dokument zu unterzeichnen, durch das es an europäische Schuldeneinsammlungen beteiligt wird. Dieser Tag werde vom gesamten Amerika verfolgt werden.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten Herriots.

TU. Paris, 5. Febr. Die parlamentarische Lage des Kabinetts Herriot hat sich trotz des Vertrauensvotums nicht wesentlich gebessert. Man nimmt an,

daß die Aussprache über die Völkerverbandsfrage die parlamentarischen Gegensätze so zuspitzen wird, wie es seit dem 11. Mai nicht mehr der Fall gewesen ist. Der bevorstehende Sozialistenkongress in Grenoble trägt zur Verwirrung der Lage bei, da die Sozialistische Partei befürchtet, daß ein Teil der Parlamentariermitglieder der Konferenz sich gegen eine weitere Unterstützung der Regierung aussprechen wird. Zum andern suchen die Regierung in sozialistischem Gewande erscheinen zu lassen. Dieses war auch einer der Hauptgründe, die die Sozialisten bewegen, Herriot zu zwingen, in der Ratifikation der Ratifikation. Innerhalb der Regierungsparteien ist die Lage so gespannt, daß in den letzten Tagen die Sitzungen mehrfach unterbrochen werden mußten, um Herriot Zeit zu lassen, sich mit den Sozialisten über die zur Abstimmung stehenden Fragen zu einigen.

„Journal des Debats“ stellt fest, daß die Entscheidungen in den Parlamentssitzungen jetzt stets in den Häusern herbeigeführt werden. Die aktuellen Fragen werden nicht im Sitzungssaal, sondern im Korridor erledigt. Herriot, dem es gelang, am 28. Jan. gelegentlich seiner außerparlamentarischen Reise sich mit nationalen Parteien zu schminkeln, mußte jetzt dulden, daß die Sozialisten ihn mit roter Farbe anstreichten.

Der „Temps“ schreibt, die Sozialisten seien gezwungen, um die Regierung weiter zu unterstützen, sich über ihre eigenen Prinzipien hinwegzusetzen. Der nach Grenoble führende Weg sei mit spitzen Steinen besetzt.

Im „Paris Soir“ entwickelt Brocard den sozialistischen Standpunkt und nimmt gegen die Entscheidung eines einflussreichen Geschäftsträgers nach Rom Stellung.

Die Kosten der Reparationskommission.

TU. Paris, 5. Febr. Nach einer Aufstellung des „Matin“ wird die Reparationskommission nach volgendem Abbau vom Dezember 1923 ab zur Befreiung ihrer Kosten nur noch 3,8 Millionen Franken verbrauchen. Bisher befreiten sich die Ausgaben auf 7,5 Millionen, die Ersparnis beträgt demnach 3,7 Millionen, wird jedoch durch die Kosten der Inanspruchnahme des Dawesgutachtens gebildeten Kontrollausschüsse aufgehoben. Weiter macht der „Matin“ Angaben über die Gehälter der einzelnen Kontrollkommissare. Pariser Silber erhielt jährlich 950 000 Papierfranken, der Pariser Kommissar Bruchmann 418 000 Franken, der Völkerverbandskommissar Mac Fadden 350 000 Franken, der Eisenbahnkommissar Levert 410 000 Franken.

Fünf Jahre Reparationsleistung.

TU. Frankfurt a. M., 5. Febr. Frankreich und Luxemburg haben vom 1. Sept. 1919 bis zum 1. Sept. 1924 von Deutschland an Reparationsleistungen und Zinsen 52 863 000 Franken erhalten. Der Verkauf der Kohlenmenge brachte der französischen Staatskasse 3 753 000 Franken ein. Der durchschnittlich erzielte Preis beträgt 71 Franken pro Tonne.

Frankreich und das Saargebiet.

Zwei Wirtschaftsabkommen.

Paris, 4. Febr. Die französische Regierung ließ gestern der Kammer den Text zweier Abkommen zugehen, die am 15. Januar in Paris zwischen der französischen Regierung und der Regierungskommission für das Saargebiet unterzeichnet wurden. Es handelt sich um Abkommen, die auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles errichtet werden, nach denen am 10. Januar die zollfreie Einfuhr von Waren deutscher Herkunft aufhört. Seit diesem Zeitpunkt ist das Saargebiet dem französischen Zollgebiet einverleibt worden. Das erste Abkommen betrifft den Tabak. Es sieht vor, daß für das Saargebiet das Tabakmonopol nicht eingeführt wird, sondern daß der Privatindustrie weiter zu belassen ist, jedoch mit der Bestimmung, daß nicht mehr Tabak in ihre Hände gehen darf, als je 300 000 kg. Das zweite Abkommen betrifft die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mehl. Es stellt den Verbrauch von Alkohol pro Kopf der Bevölkerung auf nicht mehr als 3 1/2 Liter fest. Außerdem wird bestimmt, daß im Saargebiet die Umsatzsteuer und die Steuer auf Automobile, Motorräder und Kraftfahrzeuge eingeführt wird. Die Regierung verlangt rasche Annahme dieser beiden Abkommen und erklärt, daß, wenn sie seitens des Parlaments genehmigt würden, man in Verbindung mit dem im Saargebiet selbst zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen eine Garantie geben könne, daß die Lebensverhältnisse, die an der Südgrenze des Saargebietes aufgerichtet wurde, regelrecht funktionieren werden.

Die Schutzmaßnahmen für die britische Schlüssel-Industrie.

TU. London, 5. Febr. „Daily Telegraph“ glaubt nicht, daß die Opposition sich damit zufrieden geben werde, die Sicherstellung der englischen Schlüsselindustrie auf dem Verordnungswege anstatt auf dem

Gesetzeswege herbeizuführen. Die Debatte im Unterhaus werde sich nicht umgehen lassen. In liberalen Kreisen habe man bereits deutliche Winke gegeben, daß unmittelbar nach Zusammentritt des Parlaments die Regierung aufgefordert werden solle, einen möglichst frühen Termin für die Diskussion über diesen Punkt festzusetzen. In ministeriellen Kreisen sei man der Ansicht, daß sich die neuen Maßnahmen nach jeder Seite, sowohl konstitutionell als auch in anderer Hinsicht, verteidigen ließen und daß die Regierung demgegenüber in der Lage sei, jedem Angriff der Oppositionsparteien des Unterhauses zu begegnen. Wie „Daily Mail“ berichtet, haben die neuen Vorschläge der Regierung für den Schutz der Industrie nicht in allen Kreisen der Industrie Befriedigung hervorgeufen. Es sei indessen anzunehmen, daß eine Anzahl von Industriellen bereits in kurzer Zeit an die Regierung mit Vorschlägen herantraten werde. Es handelt sich hauptsächlich um die Industrien der Aluminium-Industrie, um die Fabrikation von Handschuhen, Glas, Seide und Teppichen. Der Plan der Regierung steht bekanntlich Schutzhülle nur für eine begrenzte Zeit vor. Der Punkt, der in britischen Industriekreisen großes Interesse hervorgerufen hat, betrifft die entwerteten Währungen der konfiszierenden Länder.

Trochender Bruch zwischen Griechenland und der Türkei.

TU. Athen, 5. Febr. Der griechisch-türkische Konflikt hat in den letzten 24 Stunden eine außerordentliche Verschärfung erfahren. In Athen ist bereits davon die Rede, daß Griechenland für den Fall der Ablehnung seiner Vorschläge durch die türkische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Ankara abbrechen will. Nach bisher unbekannten Meldungen sollen die Großmächte in Ankara interveniert haben. Die Militärbehörden sind sehr stark tätig, um das Meer so schnell wie möglich schlagfertig zu machen. Die französische Regierung hat in den Vermittlungsverhandlungen die Führung übernommen, doch sind die bisherigen Besprechungen Herriots mit dem türkischen Völkerverbandsvertreter verlaufen. Man glaubt trotzdem in maßgebenden französischen Kreisen zunächst nicht, daß es zu einem offenen Konflikt kommen wird.

Zunahme der Erregung in Griechenland.

TU. Paris, 5. Febr. „Daily Express“ meldet aus Athen, daß die Ablehnung der türkischen Regierung, die Ausweisung des griechischen Patriarchen dem internationalen Schiedsgericht zur Begutachtung zu unterbreiten, die Erregung des griechischen Volkes noch gesteigert hat. Unter Führung von Offizieren sind Vorbereitungen zur Aufstellung einer Freiwilligen-Liga in Athen getroffen. Ein von den anwesenden bürgerlichen Geschäftsleuten unterzeichnetes außerordentlich aggressives Manifest enthält das Versprechen, für die Ausbildung der Freiwilligen die nötigen Summen aufzubringen. Man rechnet damit, daß sich bei einem unerwarteten Zwischenfall die Ereignisse überstürzen können. Gestern nachmittag hatte der britische Gesandte dem griechischen Außenminister einen Besuch ab und erklärte im Verlaufe der Unterredung, daß die englische Regierung für den Standpunkt Griechenlands zwar Verständnis habe, aber dem Kabinett zur Wahrung rate. Auch der französische Botschafter hat einen ähnlichen Schritt unternommen und im Auftrag seiner Regierung dem griechischen Außenminister den Rat erteilt, feierliche Kundgebungen zu vermeiden. Der Außenminister antwortete, daß Griechenland vor allem für den Krieg arbeite.

Patriarch Konstantin protestiert.

TU. Paris, 5. Febr. Der „Matin“ meldet aus Saloniki, daß der Patriarch Konstantin VI. bei den Regierungen Frankreichs, Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten, sowie Polens und Jugoslawiens feierlich Einspruch gegen seine Ausweisung aus Konstantinopel erhebt und um Eintreten für die Aufrechterhaltung des Patriarchats gebeten hat.

TU. Belgrad, 5. Febr. Eine Delegation des Patriarchats aus Jerusalem ist hier eingetroffen, um gegen die Ausweisung des griechischen Patriarchen zu protestieren. Die serbischen orthodoxen Autoritäten und die Regierung haben diesem Schritt gebilligt und ihre Hilfe zugesagt. Man beachtete, alle orthodoxen Kirchen zum Protest aufzurufen.

Sturmzeiten im österreichischen Nationalrat.

TU. Wien, 5. Febr. In der heutigen Sitzung des österreichischen Nationalrats kam es zu wüsten Zärmereien, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Im Verlaufe der Sitzung brachten die Sozialdemokraten eine dringliche Interpellation über die Rolle des Finanzministers nach Wien ein und forderten die Regierung, ob sie bereit sei, dem Nationalrat mitzuteilen, von welcher Auffassung sie sich bei der Vertretung der österreichischen Interessen bei der Wärtung des Völkerverbands und bei der ihr vorausgehenden Tagung des Finanzkomitees leiten lasse. Die Anfrage wurde von Dr. Bauer beantwortet. Der Finanzminister Dr. Herriot dürfte am Schluß der heutigen Sitzung diese Anfrage beantworten.

Bunte Wahrheiten.

(Nachdruck verboten.)

Der Esel freut sich, wenn seine Arbeit getan ist — der Kluge freut sich, so lang er arbeitet.

Einen Tag nach der Hochzeit — sind alle Frauen gleichalterig.

Die Strafe des Reides: er vergiftet sich an Delikatessen, die andere genießen.

Wo nur ein Wunder uns retten kann — weiß jeder Esel einen Rat.

Der Zufall macht seine besten Geschäfte dort, wo man nicht an ihn glaubt.

Die nicht wissen, wovon sie leben, sind nicht so bedauerlich wert als die, die nicht wissen, wozu sie leben.

Dr. Bauer-Dorob.

Jimmy Ward.

von Peter Prior.

(Nachdruck verboten.)

Jimmy Ward, ein Dreißigjähriger von zehn Jahren, der nie eine Stunde Schule besucht hatte, der sah wie ein Nabe und sonst mit Streichhölzern handelte oder bettelte, hatte trotzdem nur einen Feind, das war der Policeman Jack Miller von der 157. Station.

Jimmy Ward konnte man eigentlich bedauern. Von seinem Vater ließ es, niemand wußte es genau, er sei in Sing-Sing gestorben, seine Mutter liebe den Whisky über alles und starb am Delirium. Als Jimmy Ward eines schönen Tages vom Bettel nach Hause kam, war die Mutter tot.

Aber Jimmy Ward war damals, kaum neun Jahre alt, schon klug. Er drückte der Mutter die kalte Hand, kante bei der alten Regentin Marianne einen schönen Blumenstrauß, legte ihn der toten Mutter auf die Brust, schürfte seine paar Lumpen in ein Bündel und machte sich selbstständig. Er schlief bald da, bald dort, im Sommer zum Teil im Zentralpark, im Winter in Alphen, und hatte immer ein bißchen Geld in der Tasche und trank immer ein bißchen Wein, mindestens so wie Bananater oder ein großer — Einbrecher!

Aber er sah wie ein Nabe, und deswegen konnte ihn der Polizist Jack Miller, sonst ein kinderfreund, nicht leiden. Dreimal war ihm der Bengel, den er zu gerne ins Arbeitshaus oder Erziehungsheim gebracht hätte, schon ausgegriffen und zum Teil in Situationen, die die vielen Zuschauer höchst belustigten. Jimmy war nicht zu fassen.

Eines Nachts aber, im fröhlichen Regen, erwachte Jack Miller den Jimmy doch, als er gerade von einem Zeitungsladen einen halben Dollar kassiert hatte. „Mein kleiner lieber Junge!“, sagte Jack Miller zu Jimmy. „Nun gehen wir auf die Wache und von dort zum ehrenwerten Richter Strongfield, und dieser nette Mann wird dich schon unterbringen dort, wo du viel zu essen, aber auch, wenn du nicht guttust, sehr viel Ärger bekommst. Solche Burschen, wie dich, können wir in den Streets nicht brauchen.“ Und hielt Jimmy sei am Arme, so fest, daß dieser nicht ansetzen konnte und laut weinend mitlief.

Aber als die beiden an der Ecke der 75. Straße und der 3. Avenue angekommen waren, da kam ein bleiches Weib hinter ihm hergeköhlt. „Hallo! Meine Frau!“ rief Jack der Polizist. „Was ist los?“

„Der Runge, Jack, der Runge! Er liegt im Fieber und bekommt keine Luft. Er stirbt, sag ich dir!“

„Verdammt!“ rief Jack Miller, und es fiel ihm ein, daß er den Miller kenne. Sein einziges Kind! Aber hier hatte er Jimmy am Hals, und den dürfte er nicht loslassen. „Du kommst mit!“ schrie er den Jungen an, der bald ihn, bald die Frau mit offenen Augen anstarrte.

Und sie liefen alle drei im Trab nach der Wohnung des Polizisten, wo in der Schlafkammer der zehnjährige Junge Millers, Fred, im Bett lag und schlief.

„Schnell zum Arzt!“ rief Jack, der Polizist, und setzte sich neben sein Kind. In der rechten Hand hielt er die flatternde Hand seines Kindes, mit der anderen hielt er die Hand Jimmys umklammert, der mit der freien Hand eine Brotkruste aus der Tasche holte und sein Abendbrot speiste.

Aber nach einer Viertelstunde kam die Frau atemlos zurück, sie hatte keinen Arzt gefunden. „Laß mich gehen!“ rief der kleine Gefangene. „Ich hab' auch einen feinen deutschen Arzt, der hat mich schon umsonst kuriert, als ich mir einen Finger verlor.“

„Wo! beim Stühlen?“ turrte Miller. Aber die Frau sagte: „Dah' ihn gehen!“ und Jack ließ Jimmy laufen und hat ihn, einen Arzt herbeizuholen, aber wenn er ein ehrlicher Epikuräer sei, wiederzukommen.

Und Jimmy wußte Bescheid. Drei Straßen weiter wohnte Mr. Meier, der studierte immer nachts noch bis 1 und 2 Uhr über die Bücher. Der wird kommen. Und er schloß bei Meiers an, daß es durch die ganze Straße künde. „Was ist los?“ schrie Meier zum Fenster heraus. „Krankes Kind, Miller!“ schrie Jimmy. „Seid so gut und kommt mit. Hier ein halber Dollar extra.“ Und Jimmy hielt dem Arzt seinen gemauerten halben Dollar hinan.

Und Meier ging mit Jimmy zu Millers, wo mittlerweile Jack, der Polizist, ebenfalls von einem erkrankten Gang nach einem Arzt zurückgekehrt war. Aber Jimmy ging mit hinan, er nicht aus, wie Jack vermutete hatte.

Es war zu spät gewesen. Frühmorgens, als die Sonne blühte über dem Meer aufging, starb das Kind des Polizisten an Diphtherie.

Der große, starke Polizist war hilflos wie ein Kind, und die Frau weinte und schrie fortwährend. Da ließ Jimmy, der Gefangene, dorthin und dahin, ja er machte ein wenig Essen zurecht, er trug selbst den kleinen Sarg mit, als sie ihn brachten, und der kleine Junge des Polizisten verabschiedete unter den Blumen, die Jimmy heranschaffte und die er alle gestohlen hatte.

Der Ge...

Am Regi...
Brauns...
Präsident...
Uhr.

Zur erste...
der Regie...
Freiheiten...
anlagen un...
Gerichten...
Glaubigen...

Abg. Dr...
Vorlage zur...
Berichtigung...

Abg. Reic...
wurde in den...
große Berw...
Aufwertungs...
tragen bedac...
Aufwertung...

Abg. Can...
durch den G...
wertung ins...

Abg. Freil...
in dem Geset...
eine Maß-Vo...
strebte Ziel n...
gleichfalls b...
30. April d. J.

Reichsjusti...
im Auschuß...
tliche Aufwert...
den Abwerth...
werde in allen...
die Verabschi...

Abg. Dr...
in die Aufwe...
getragen wer...
tlichen Antr...
Vorschritt zu...

Abg. Seif...
sehtenwou...
Sicherheit ein...
Abg. Dr...
um eine Frag...
Deutschland...
wertungsfrage...

rabe im Fin...
lichen Spiege...
er nicht ein...
wählten genau...
hätten. Der...
den demokrati...
Maß-Vorschri...

Abg. Hül...
gle in der St...
Abg. Stra...
nalen, die an...
endlich mit ih...

Damit ist...
In der z...
gestimmt...
Verordnung...
aufzuheben...
trag wird mi...
Stimmhaltun...
wird dann a...
Demokrati...
der Kamm...
schiff. W...
Gesetz bis a...

Der Geset...
Beratung...
nommen.

Darauf v...
1 Uhr. Tages...
Schluß der...

Der Hansh...

Berlin, 5...
Beratung des...
seht. Von ver...
derungen auf...
Reichsbab...
nierung d...
Zeugen d...
geändert w...
über die Arbei...
Schluß der...
auf die Schwi...
Nichtabgabe...
schen das Kon...
Reichsbabge...
sicherung ab...
Kraftrechte...
mitwerde.

Vom Reich...

TU. Berlin...
die besetzten...
mit einer Zus...
Mitschluß...
rung zu diese...
Wesprechu...
tern der G...
herbeizufüh...
Woche stattfin...

Die Arbei...

TU. Berlin...
des Finanzam...
tenden Aus...
halten, als b...
forderungen...
Finanzminis...
Wirtschafts...
graphen-Tref...

Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.)

Der Gesetzentwurf über die Aufwertung angenommen.

Berlin, 5. Febr. Am Regierungstisch: Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Goebbels eröffnet die Sitzung um 1,30 Uhr.

Zur ersten Lesung steht ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach Indienststellungen über die Aufwertung von Vermögenswerten und -werten die Verhandlung vor Gericht und Aufwertungsstellen auf Antrag des Gläubigers einwirken zu lassen werden können.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Wp.) empfiehlt die Vorlage zur raschen Annahme, damit endlich Verurteilung geschehen werde.

Abg. Keil (Soz.) glaubt, daß dieser Gesetzentwurf in den Kreisen der Gläubiger und Spender große Verwirrung hervorrufen werde. Der Aufwertungsausschuß sei mit einer Fülle von Unterlagen bedacht worden, die für die Aufwertung von Vermögenswerten die rasche Aufwertung verlangen. Der Redner kündigt an, daß seine Fraktion den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der dritten Vermögensverordnung bei dieser Vorlage wieder einbringen werde. Die Mehrheit der Gläubiger sei leider den deutschnationalen Ansichten im Gange. Ausgerechnet die Vertreter der deutschnationalen orientierten Parteien und deutschnationalen Regierungen hätten sich aber im Reichstag gegen jede Erhöhung der Aufwertungsstellen ausgesprochen. (Hört, hört) Der Redner beantragt, daß der vorliegende Gesetzentwurf spätestens am 30. April d. Js. wieder außer Kraft treten soll.

Abg. Lampe (Wirtsh.) begrüßt es, daß durch den Entwurf der Stein der Hypothekenaufwertung ins Rollen gekommen sei.

Abg. Freilich (Nichtsoz.) beantragt, die in dem Gesetzentwurf enthaltene Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift umzuwandeln, da sonst das erstrebte Ziel nicht erreicht werde. Der Redner fordert gleichfalls die Befristung des Gesetzes bis zum 30. April d. J.

Reichsjustizminister Frentzen wiederholt die bereits im Ausschuß abgegebene Erklärung, daß das endgültige Aufwertungsgesetz in drei Wochen den gesetzgebenden Körperschaften zugehen werde. Die Regierung werde in allen Stadien der Verhandlungen befristet sein, die Verabschiedung des Gesetzes zu beschleunigen.

Abg. Dr. Schetter (Ztr.) wendet sich dagegen, daß in die Aufwertungsausschuß politische Momente hineingetragen werden. Der Redner stimmt dem demokratischen Antrag zu, die Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift zu verwandeln.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt sich für den Gesetzentwurf, damit endlich einmal eine gewisse Rechtssicherheit eintrete.

Abg. Dr. Steiniger (Dul.) erklärt, es handle sich hier nicht um eine Frage der Parteipolitik, sondern um eine Frage der Gerechtigkeit und Billigkeit. Die Deutschnationalen wollten die Regierung in der Aufwertungsausschuß unter hydrostatischem Druck halten, gerade im Hinblick auf den Gegenstand der wirtschaftlichen Spekulationen. Auf den Wahlkampf wollte er nicht eingehen, aber die deutschnationalen Anhänger wußten genau, daß sie etwas Positives zu erwarten hätten. Der Redner erklärt, daß seine Fraktion für den demokratischen Antrag auf Umwandlung in eine Mustervorschrift stimmen werde.

Abg. Hille (Komm.) wirft der Rechts Demagogie in der Aufwertungsausschuß vor.

Abg. Strödel (Soz.) fordert, daß die Deutschnationalen, die anscheinend nicht wußten, was sie wollten, endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen.

Damit ist die erste Beratung erledigt.

In der zweiten Beratung wird zunächst abgehandelt über den sozialdemokratischen Antrag, die Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes vom 4. Dezember aufzuheben. Die Abstimmung ist namentlich. Der Antrag wird mit 235 gegen 144 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kann-Vorschrift in eine Mustervorschrift. Angenommen wird auch die Befristung des Gesetzes bis zum 30. April d. J.

Der Gesetzentwurf wird dann auch in dritter Beratung und in der Schlußabstimmung angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Reichsarbeitsministerium.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags zum Reichsbahngesetz.

Berlin, 5. Febr. Im Haushaltsausschuß wurde die Beratung des Etats des Reichsbahngesetzes fortgesetzt. Von verschiedenen Abgeordneten wurden die Forderungen aufgestellt, daß die Bestimmungen des Reichsbahngesetzes, wonach der Reichsbahngesetz kein Einspruchrecht gegenüber den Verfügungen der leitenden Beamten aufsteht, geändert werde. Ferner wurde eine Schlußfolgerung über die Arbeitszeit der Eisenbahner eingefordert. Am Schluß der Aussprache wies der Reichsbahngesetzminister auf die Schwierigkeiten seiner Stellung gegenüber der Reichsbahngesellschaft hin, da nach den bestehenden Gesetzen das Kontrollrecht des Reichstages gegenüber der Reichsbahngesellschaft eingeschränkt sei, auch über die Verabschiedung ab, daß er die dem Reiche verbleibenden Kontrollrechte mit allem Nachdruck wahrnehmen und ausüben werde.

Vom Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete.

TU. Berlin, 5. Febr. Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete beschäftigte sich heute ausführlich mit einer Zusammenstellung des früheren Siebzehner-Ausschusses und der Stellungnahme der Reichsregierung zu diesen Verhältnissen. Es wurde beschlossen, eine Besprechung des Ausschusses mit den Vertretern der Gemeinden in besetzten Gebieten herbeizuführen, die im Laufe der nächsten Woche stattfinden soll.

Der Finanzausgleich.

Die Arbeiten des Finanzausschusses. TU. Berlin, 5. Febr. Die Behandlung der Frage des Finanzausgleiches in der am Dienstag zusammengetretenen Kommission wird sich insofern schwierig gestalten, als die in der Entscheidung niedergelegten Forderungen der Länder erheblich über die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Lösung hinausgehen. In Wirtschaftskreisen trägt man, wie die Telegrammen-Union erzählt, die ersten Bedenken,

schon jetzt an eine grundlegende Neuordnung des Finanzausgleiches heranzugehen. Man weiß vor allem darauf hin, daß heute die Einkommensteuer auf Grund schmalsteuiger Anlagen erhoben wird, die zur Bilanzierung des öffentlichen Staats dienen, vielfach aber ungenutzt und ungleich verteilt. Es fehlt daher zur Lösung der Verteilungsprobleme die erste Voraussetzung, da man noch nicht sagen kann, welches steuerbare Einkommen im letzten Jahre überhaupt erzielt worden ist. In maßgebenden Wirtschaftskreisen trägt man ferner ernstlich Bedenken gegen die Absicht, des Reichsfinanzministers, den Ländern und Gemeinden ein Aufschlagrecht auf Einkommen- und Gewerbesteuer zu geben.

Reichswirtschaftsminister Neuhaus über die handelspolitische Lage.

TU. Berlin, 5. Febr. Reichswirtschaftsminister Dr. Stresemann äußerte sich im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags in vertraulicher Rede über die handelspolitische Lage. Die bei den abgeschlossenen bzw. noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rußland und Polen maßgebend waren. Darauf ging Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus in längeren Ausführungen auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieser Verhandlungen ein und teilt dem Ausschuß dabei seine grundsätzliche Einstellung zur Handelspolitik mit.

Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schmuggelliteratur.

TU. Berlin, 5. Febr. Im Bildungsausschuß des Reichstags teilte Staatssekretär Schulz mit, daß ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schund- und Schmuggelliteratur sowie ein Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten dem Reichstag bereits vorliege. Gesetzentwürfe zur Vermeidung des Lichtspielgesetzes und ein Reichsbühnengesetz seien ebenfalls als Referentenentwürfe bereits fertiggestellt. Der Ausschuß behandelte ferner eine Reihe von Petitionen.

Gesetzentwurf zur endgültigen Lösung der Aufwertungsausschußfrage.

TU. Berlin, 5. Febr. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die Regierung in spätestens drei Wochen dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlege, der die endgültige Lösung der Aufwertungsausschußfrage bringen solle.

Die Prämien bei der Reichsbahn.

70 Millionen Mark Zulage und ihre Verteilung. Die Reichsbahngesellschaft Deutscher Eisenbahnenbeamten und -Anwärter, Ortsgruppe Dachau, schreibt uns:

Nachdem dem Baden vom Reichsgericht abgewiesen wurde, als es den unteren Beamten 7 1/2 Prozent mehr bezahlen wollte, wird jetzt eine genaue Darstellung der Mittelungen im Haushaltsausschuß des Reichstages dem Reichstag über die von der Reichsbahn gezahlten Prämien, die ob ihrer ungleichen Verteilung viel Staub aufgewirbelt haben, gegeben. Es lohnt sich, sie im einzelnen der Öffentlichkeit zu unterbreiten, weil bekanntlich das Reichsgericht in seiner abweisenden Begründung erklärt hat, die schlechten Finanzverhältnisse der Reichsbahn hätten es verhindert, den unteren Beamten im November 1924 mehr als 12 1/2 Prozent Gehaltszulage zu gewähren.

Die Gesamtzahl der Bediensteten der Deutschen Reichsbahngesellschaft beträgt zurzeit rund 800 000 Köpfe. Davon stehen etwa 420 000 im Beamtenverhältnis. Nach den Richtlinien für die Verteilung der Zulagen dürfte nur ein Sechstel der Beamten bei der Verteilung berücksichtigt werden, somit 60 000 Beamte. Wie die von der Deutschen Reichsbahngesellschaft 1924 (im September) herausgegebene Schrift „Die Deutsche Reichsbahn“ mitteilt, verteilen sich die Beamten auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt:

Gruppe 1 und 2 3,4 Prozent,
Gruppe 3 bis 6 8,6 Prozent,
Gruppe 7 bis 9 2,2 Prozent.

Der Aufschlag beträgt in den Gruppen 1 und 2 120 Mk., 3 und 4 180 Mk., 5 und 6 300 Mk., 7 und 8 440 Mk., und 9 600 Mk.

Als Durchschnittssatz kann hier ein Betrag von 240 Mk. angenommen werden. Das ergibt für die 60 000 Zulageempfänger einen Betrag von 14,5 Millionen Mark. Insgesamt sind 70 Millionen zur Verteilung gelangt.

Es entsteht also auf die Beamten der Gruppen 10 und höher ein Betrag von 55 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der höheren Beamten der Reichsbahn beträgt rund 4200 Köpfe. Wenn auch die Richtlinien II für die Verteilung der Zulagen an die Beamten der Gruppe X und höher auf strengste Geheimhaltung beruhen, so wird doch angenommen werden dürfen, daß der Grundsatz, daß nur ein Sechstel der Beamten mit Zulagen bedacht werden soll, auch für die oberen Gruppen gilt. Als Zulageempfänger kommen somit 600 Beamte in Betracht.

Auf diese 600 Beamte entfällt der Betrag von über 55 Millionen Mark, was auf den Kopf über 90 000 Mk. jährlich oder über 22 500 Mk. vierteljährlich ausmacht.

Aber selbst wenn man annehmen wollte, daß bei der höheren Beamtenzahl nicht ein Sechstel, sondern zwei Sechstel der Gesamtzahl mit Zulagen bedacht worden sind, ergibt sich auf den Kopf noch ein Betrag von rund 45 000 Mk. jährlich oder über 11 000 Mk. vierteljährlich. Auch dieser Betrag würde nach dem Jahresgehalt von etwa 50 Eisenbahnschaffnern entsprechen.

Man muß sich angesichts dieser ganz ungeheuerlichen Zahlen fragen, wie etwas derartiges überhaupt möglich ist. Man muß sich insbesondere fragen, wie die Leitung der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter diesen Umständen es verantworten konnte, bei den letzten Gehaltsverhandlungen gegen eine weitergehende Beförderungsbewerbung der unteren Gruppen Stellung zu nehmen mit dem Hinweis, daß die Finanzlage (ungünstig) der Deutschen Reichsbahn eine Erhöhung über das vorgeschlagene Maß hinaus nicht gestatte. Waren die 70 Millionen Mark gleichmäßig verteilt worden, so wären auf den Kopf der Beamtenchaft jährlich 166 Mk. entfallen, ein Betrag, mit dem in unteren und mittleren Beamtenkreisen manche Not hätte gestillt werden können.

Die Eide der Gruppen 1 bis 9 stehen fest, und auch den Personalverkefzern der Hauptverwaltung in Berlin mitgeteilt. Ab Gruppe 10 wurden die Eide nicht veröffentlicht. Jeder dieser oberen Beamten erfährt von Berlin einen Liebes-

gabenbrief mit einem Schied auf die Reichsbahn und wurde gleichzeitig zum strengsten Stillschweigen verpflichtet, also „geheim“. Nach zuverlässigen Nachrichten betragen die Prämien bei der Beförderungsguppe 10 2400 Mk. jährlich, Beförderungsguppe 11 und 12 3800—4800 Mk. jährlich, Beförderungsguppe 13 6000—12 000 Mk. jährlich. Der Beförderungssatz 13 wird auf alle Fälle der Ausgleich zwischen dem Gehalt der Gruppe 13 und der Einzelgehälter nach 31 gewährt. Diefem System gegenüber vergleicht man auch die Arbeiterlöhne, die Massentaffungen von Arbeitern, denen bis zu 40 Dienfahnen, mit der Begründung, daß keine Mittel für Arbeitslöhne vorhanden wären.

Mit diesen 6 Proz. der Lohn- und Gehalts-summe hätte man noch 5 Proz. der gesamten Kopzahl der Eisenbahner beschästigten können, d. h. 40 000 Arbeiter und Beamte hätte man nicht entlassen und abbauen müssen, wenn man diese Prämien nicht hätte einführen wollen!

Diese Darstellung bedarf keines weiteren Kommentars; sie spricht für sich selbst. Im Haushaltsausschuß des Reichstages haben sämtliche bürgerlichen Parteien ihrer Entrüstung über eine solche Art der Sozialpolitik eines Reichsunternehmens Ausdruck gegeben; nicht eine Partei hat Herrn Deier in Schutz genommen.

Das hier gekennzeichnete System muß überall die größte Entregung hervorrufen. Es muß unbedingt dafür gefordert werden, daß auch das internationale geschäftliche Unternehmen „Deutsche Reichsbahn“, das der Kontrolle des Reichstages nicht mehr untersteht, gezwungen wird, öffentlich Reden und Antworten darüber zu fassen, wie die beschriebenen und wie die schlechtesten Kräfte in seinem Betriebe finanziell gestellt sind.

Es wirkt auch auf die Öffentlichkeit recht eigenartig, wenn die Gesellschaft auf der einen Seite den besten Massen der Beamtenchaft das Lebensnotwendige verlagert, auf der anderen Seite aber den höheren Beamten des Unternehmens Zulagen zahlt, die zu der Höhe des Einkommens der unteren und mittleren Beamten in einem getabebu ungeheuerlichen Mißverhältnis stehen.

War die Verwaltung bei der Einführung der sogenannten Zulagezulage an sich schlecht beraten, so ist die Verteilung der für die Zulage auszuweisen 70 Millionen Mark ein Skandal, der zum Himmel schreit. Im Interesse der Wiederherstellung geordneter Zustände in der Beförderungsbahnhäufigkeit der Reichsbahn muß auf das allerentschiedenste verlangt werden, daß sich diese Vorgänge bei der Verteilung der Weihnachtszulagen am kommenden Quartalsende nicht wiederholen.

Soziales.

Schiedspruch im Klempnerstreik.

v. Dortmund, 5. Febr. Aus Anlaß des Klempnerstreiks in Rheinland und Westfalen fanden heute Verhandlungen vor einem Vertreter des Schlichters für die Bezirke Westfalen statt. Die Schlichterkammer fällt im Hinblick hieran einen Schiedspruch, wonach der tarifliche Spitzenlohn ab 1. Januar 1925 85 Pf. und ab 20. Februar 1925 90 Pf. beträgt. Die anwesenden Stellvertreter erklärten nach Prüfung des Schiedspruches, diesen ihren Mitgliederversammlungen zur Annahme zu empfehlen.

Von der Bezirksgefängnisstelle Dachau des Gewerkschaftsgrüßlicher Bergarbeiter wird uns geschrieben:

In Ihrem wertten Blatt vom 29. 1. ds. Js. steht unter „Soziales“ ein Artikel, betitelt: „Die tabakalen Gewerkschaften“. Aus dem Inhalt des selben kann man ersehen, daß dieser Artikel von Arbeitsgelehrte stammt. Der Artikelverfasser befaßt sich mit der Person des Vorsitzenden des Gewerkschaftsgrüßlicher Bergarbeiter, Herrn Imbusch. Er entwirft sich über die Rede, die Kollege Imbusch in Essen in einer großen Versammlung gehalten hat. Kollege Imbusch aber sagte in seiner Rede noch ausdrücklich: „Ich würde diese Zuspitzung der Gegensätze außerordentlich bedauern“, und zum Schluß: „Wir wollen, daß in ganz Deutschland der Arbeiter menschenwürdig leben kann.“

Im Namen der evangelischen Bergarbeiter, die im Gewerkschaftsgrüßlicher Bergarbeiter organisiert sind, erklären wir, daß wir in der Auffassung mit den katholischen Mitgliedern des Gewerkschaftsgrüßlicher Bergarbeiter eins sind.

In dem Artikel wird weiter geschrieben: „Im übrigen werden sich die deutschen Arbeitgeber sicherlich auch durch solche Drohungen nicht davon abhalten lassen, das zu tun, was sie im Interesse der Allgemeinheit, der Arbeiterschaft und im Interesse der Werte selbst für richtig halten.“

Was haben bis jetzt die Arbeitgeber getan, was im Interesse der Allgemeinheit, besonders aber im Interesse der Arbeiter gewesen ist? War etwa die Entfaltung der Lohnfreiheit, die nicht wertbeizugabe gegeben wurden, wo die Werke ihre Vortragsarbeiten umsonst verrichtet bekommen haben, auch im Interesse der Allgemeinheit gewesen? Müß denn die Allgemeinheit diese Kosten nicht durch ihre Steuern zahlen? Ist vielleicht die Behandlung und Bezahlung der pensionierten Bergarbeiter im Interesse der Arbeiterschaft? Wie! Nebenbei machen und hoffen müssen und am nächsten Tage die Schichtwärter, darunter auch die Inspektoren, für den geringsten Lohn mehr geleistet werden und das Einlegen von Arbeitsschiffen andererseits im Interesse der Arbeiterschaft? Ist die Befestigung der Familienhilfe in der Knappschaft, die nur mit Hilfe der Arbeitgeber abgefaßt wurde, im Allgemeininteresse gewesen oder im Interesse der Arbeiterschaft? Ist denn die Untergrabung der Gesundheit und die Einführung der großen Rot und des Glubs als Folge der Abschaffung der Familienhilfe vielleicht im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft? Ist die Abkündigung von Tausenden von Arbeitern auch im Interesse der Arbeiterschaft? War die Abkündigung der Meum-Kassen früher auf die Schultern der Arbeiterschaft auch im Interesse der Allgemeinheit und der Arbeiterschaft? Ist die Einführung der abgemessenen langen Arbeitszeit auf den Arbeitern und im Interesse der Allgemeinheit oder der Arbeiterschaft? Ist die Vorenthaltung der Gehaltserhöhung, die laut Schiedspruch stattfinden sollte, auch im Interesse der Arbeiterschaft?

Wir können diese Fragen noch zahlreich vermehren: Sind aber der Ansicht, daß es für heute genügt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Kollege Imbusch uns allen aus dem Herzen gesprochen hat.

Auch wir sind für eine gesunde Entwicklung der Verhältnisse auch auf dem Wirtschaftsfeld. Wenn aber andererseits von Arbeitgelehrte man den Frieden nicht haben will, so wird die Bergarbeiterschaft den Beschäftigten aufnehmen und für die Folgen, die sich daraus ergeben, tragen nicht die Arbeiter die Verantwortung und auch nicht die Schuld, sondern die Arbeitgeber.

Letzte Drähtmeldungen.

Niederwahl des Reichstags-Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei

Berlin, 5. Febr. Die Reichstags-Fraktion der Deutschen Volkspartei wählte heute durch Zufall einstimmig den bisherigen Vorstand wieder und erweiterte ihn durch Zuwahl von 4 Mitgliebern.

Die sächsische Reise des Reichsanstalters.

TU. Berlin, 5. Febr. Die „Reit“ erzählt aus München, daß Reichsanstalt Dr. Luther seine Besuche bei den sächsischen Regierungen am 10. Febr. in München eröffnen werde. Von dort werde er dann nach Stuttgart und Karlsruhe weiterreisen.

Nachmal der Sinowjew-Artef.

TU. London, 5. Febr. Nach einer Meldung des „Manchester Guardian“ wird das von der Labour-Party und dem Trade-Union-Kongress eingesetzte Komitee zur Beratung der Umstände bei der Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes zu Beginn der nächsten Woche zusammengetreten. Man hält die Einlegung dieses Ausschusses als allein dazu bestimmte Maßnahme, die Wünsche der Mitglieder der Arbeiterpartei zu befriedigen, die auf einer eingehenden Untersuchung des Falles bestehen.

Der Plan der Sicherstellung der englischen Schiffbauindustrie.

TU. London, 5. Febr. Bei der gestrigen Kabinettsitzung wurde der von der Handelskammer zur Sicherstellung der englischen Industrie ausgearbeitete Plan endgültig demittigt. Das neue Schema wird unverzüglich in Kraft treten.

Die Verurteilung v. Rathfuss' zurückgewiesen.

Paris, 5. Febr. Die Strafkammer des Kassations-Gerichtshofes hat die Verurteilung des Generals von Rathfuss zurückgewiesen.

Gründung der Danziger Frühjahrsmesse 1925.

TU. Danzig, 5. Febr. Die dritte Danziger internationale Messe, Danziger Frühjahrsmesse 1925, ist heute vormittag ohne jede Feyerlichkeit eröffnet worden. Trotz der wirtschaftlichen Depression ist die Messe von rund 570 Firmen und zwölf verschiedenen Ländern besetzt. In der Hauptsache ist wieder die Textilindustrie stark vertreten; ferner die Schuh- und Lederindustrie sowie die technische Industrie. Die einzelnen Messehäuser weisen verschiedene Böden auf. Es handelt sich hierbei um die Stellen, die von polnischen Firmen belegt worden infolge der Boykottbewegung nicht in Anspruch genommen worden sind. Ueber das geschäftliche Ergebnis läßt sich jetzt noch nichts sagen.

Schweres Explosionsunglück.

Ein Saal Pulver in der Küche.

Zweibrücken, 5. Febr. In dem im Hornbachale gelegenen Dörfchen Himsweiler ereignete sich, der Pfälzischen Rundschau zufolge, ein schweres Explosionsunglück. Der Steinbrecher Sand hatte von Scheim einen Saal Pulver, den er zum Steinbrechen verwenden wollte, nach Hause gebracht und in die Küche gestellt. In dem Augenblick, als Sand den Saal Pulver in den Steinbruch transportieren wollte, explodierte unter einem furchtbaren, weithin hörbaren Getöse das Pulver. Es stieg eine hohe Schichtwolke empor. Durch die Explosion flohen sämtliche Fenster, aus Teil mit Leben, ins Freie. Die Einrichtungsgegenstände der Küche wurden vollständig zertrümmert und in alle Winde zerstreut. Sämtliche Wände und Decken des Hauses wurden schwer beschädigt. In der Küche befanden sich außer Sand seine etwa 16- und 18-jährigen Töchter und sein etwa 20-jähriger Neffe. Einer der Mädchen sprang etwa 5 Meter hoch auf die Straße herab, wo es mit gedrohendem Bein liegen blieb. Wie vier erlitten schwere Brandwunden und wurden in das Zweibrücker Krankenhaus geschafft.

Die Verurteilung des Grans verworfen.

Berlin, 5. Febr. Wie die Wälder aus Hannover melden, wurde die von Grans, dem Mitangeklagten im Haarmann-Prozess gegen seine Verurteilung zum Tode eingeleitete Revision verworfen. Das Urteil wurde damit rechtskräftig und dürfte gemeinsam mit dem gegen Haarmann gefällten Todesurteil in Kürze vollstreckt werden.

Nachricht des Feitnerschiffes.

TU. Berlin, 5. Febr. Das Berliner Tagesblatt „Welt“ meldet aus Danzig: Das Motorschiff „Budau“ wird voraussichtlich heute abend aus dem Hafen von Danzig rotieren. Die Danzig besteht in gebottem Holz für Letzt in Schottland.

TU. New York, 5. Febr. Die Morgenblätter bringen bereits Meldungen über die Reise des Motorschiffes. Die Zeitung „World“ unterstreicht die Bedeutung dieser Fahrt. Das Blatt druckt eine Washingtoner Mitteilung des Handelsdepartements ab, wonach die Danzig zehn Motorschiffe besetzt. Der Kurs des Schiffes wird hier mit Interesse verfolgt, da das Motorschiff im Publikum außerst populär ist.

Ein neues dreimotoriges Flugzeug in der Schweiz.

TU. Berlin, 5. Febr. Die Schweizer Presse meldet, daß der Flugzeugführer Zimmermann in der Schweiz ein neues dreimotoriges Flugzeug der Junkerswerke eingeflogen habe. Wie die Telegrammen-Union hierzu erzählt, handelt es sich um ein Flugzeug der Schweizer Luftverkehrs-Gesellschaft Ab Altra Vero, das in den Junkerswerken in Moskau fertiggestellt und in Zürich montiert wurde. Die Ab Altra Vero liegt den bekannten Junkerspiloten Zimmermann am Einfiegen nach Zürich kommen, da sich ihr Chefpilot Mittelholzer noch im Distanzflug in Berlin befindet.

Der Londoner Eisenbahnstreik vermindert.

TU. London, 5. Febr. Durch Vermittlung des Arbeitsministers wurde der Streik aufhören der Gewerkschafts-Union der Elektricitätsarbeiter und der Metropolitan-Eisenbahngesellschaft beigelegt und ein vorläufiges Abkommen getroffen.

Verantwortlich: Für Politik Feuilleton und Handel: Dr. H. Riedel; für Lokales und Letzte Nachrichten: Ernst Sente; für Provinziales und Sport: Ernst Rosemann; für den übrigen Textteil und Unterhaltungsbeilagen: Fritz Schmidt; für Inserate und Ankündigungen: Emil Willig, sämtlich in Dachau.

WEISSE WOCHEN

Trotz des enormen Kaufandranges

während der ersten drei Tage unserer Weißen Woche sind wir durch große Neueingänge in der Lage, die solidesten Qualitäten zu den **enorm billigen Preisen** weiter zu verkaufen.

Des starken Andranges wegen bitten wir Sie, auch die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

GEBR. ABRAHAM

★ BOCHUM ★ BRÜCK- u. HEINRICHSTRASSEN-ECKE ★

Joseph Schürmann

G. m. b. H.
Wattenscheid

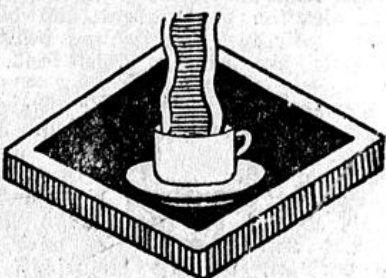
Telephon: Bochum 8103, Geisenkirchen 4079

Bochumerstraße 104

Liefert im Landabsatz frei ans Haus oder ab Zeche

Centrum-Essnüsse und Eiformbriketts als Ersatz für Anthrazit, Centrum-Brechkokk für Zentralheizungen, alle Brennstoffsorten für Hausbrand u. Industrie, Düngemittel, Motorenbetriebsstoffe, Teerfette und -öle.

Kaffee Hackeri



Die gute Tasse Kaffee

Kohlen und Koks Anthrazitkohlen

nur erste Marken liefern prompt

Gustav Gräfe G. m. b. H.
Bochum, Buddenbergstr. 9. Telefon 122

Hoffmann'sches Konservatorium

Kortumstr. 18 Bochum Fernruf 3049

PIANOS

von 1000 Mark an

Marks

Kaiser-Wilhelm-Straße.

Teilzahlung gestattet.

Korsetthaus Imperial

Bochum, Friedrichstraße 2
Ecke Wilhelmplatz

Spezialität: Für starke Figuren

Doppelfeder-Korsetts

2 aufeinanderliegende Uhrfedern

Das Beste vom Besten

Vorrätig bis 100 cm Taillenweite

Reparaturen

an Nähmaschinen, Fahrrädern,
Motorrädern
und Grammophonen
werden billig und bestens aus-
geführt bei

A. Wolters, Bochum,
Friedrichstraße 9.

Vor Kauf von

Tapeten

beachten Sie meine Auslagen
und Preise.

Ich biete Ihnen große Vorteile

Besondere billige Restposten

Carl Bohlmann,
Bochum, Kortumstr. 4,
Fernruf 826

Musik

zu allen Festlichkeiten

W. BAARZ

Obermusikmeister a. D.

Bochum

Marienstraße 18 Telefon 4654



Elektrische Licht-
u. Kraft-Anlagen
führen schnellstens aus

Stübner-Elektrizitäts-A.-G.
Telefon 3550, Bochum 3551, 3552.

PIANO

Wer an la.

Staatsmedaille

Gold. Ausstellungspreise

Lieferung frei Haus

Zahlungserleichterung

NB. in Sonder-Akt. Original-Grammophone m. Kunst. erplatteten

Flügel oder Harmonium

anschaffen will, wende sich direkt

an Hof-Piano- u. Flügel-Fabrik

Roth & Junius

Hagen i. W., Bahnhofstr. 28.

(Filiale: Berlin am Zoo.)

Goldene Armband-, Damen- u. Herren-Uhren, Ketten,
Wecker, Regulatoren, Ringe, sowie

Trauringe

und moderne Schmuckwaren.

J. Wedekind Söhne

vorm. W. Herrenpoth

Haupt-Geschäft: Königstraße 26.

Einnahme und Ausgabe

stehen oft im Widerspruch. Sie können Ihre Ausgaben verringern, wenn Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ für 50 Pf. das Halbpfund kaufen; ihre Verwendungsmöglichkeit in Küche und Haushalt kennt keine Grenzen, ihre Vorzüge sind unerreichtbar.

Preis 50 Pfennig
das Halbpfund
in der bekannten
Packung.



Schwan im Blauband

frisch
geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbig
illustr. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.



Die Offen-
jährige Wint-
er sich bis je-
große Sch-
der durchsch-
men ihm an
1922-23 glei-
Winter 1915
Denn die W-
ber und Jan-
rend sie im
4,2 betrugen.
und Januar
Kuh und W-
Winter durch-
Die Stre-
linie beding-
die sich aus
dem Wolga-
Da diese K-
druckgebieten
hand, daß
auch gegen
durch Abwetti-
oft ungenü-
ten können,
Aufdruckgefä-
reichen und
schon kalten
ruffischen Fe-
massen nach
sich also hält
als eine selb-
Was den
so wird diese
rufen, daß a-
ten, die über
Aufströmunge-
aus dem die
(„Solarfont“)
im Bereich d-
schätze in Ed-
lich selbst ein-
drucks über
was durch d-
Estrahlungsfäl-
Im gegen-
lare Hochdruck
sodas die oze-
den vordbergi-
überzug Witter-
gen ihrer M-
In landwirts-
die Veforgnis
müßten die U-
lens flärteren
züglich der J-
fürchtung in
Aufstreifen flar-
an vorhergega-
dern vielmehr
Umständen ab-
der Insekten
Individuen d-
Insektenkörper
konzentrierten
das Injekt, o-
weiter sofort
So kann oft d-
Insekten nur
Erfärfere u-
sind auch für
wahrscheinlich.
Kürzeren Wied-
auch noch für

Sig-
w. Die Deu-
Frage der Sig-
nie vor in der
B r ü f f u n g.
nisterium und
bahngesellschaft
nen zusammen,
fahrend von S-

Roma-
Copyright b

30) Die warm-
garten der Har-
straße. Zwischen
lagen vereinzel-
gen. Warme
Rasenfäden.
Gingabe ihrer
ein Licht vor d-
Flamme sich erl-

Im Schutze
strahlen nur gl-
Bild auf die ü-
bereitgestellt, m-
Laut unterbrac-
voll tiefen Frie-
in der Schönh-
Dann nähe-
Schritte. Zwi-
stehend geführt
her. Ihr Gefü-
umschattet, die
ten schienen da-
Brust. Mit i-
sie rechts und
Reiner von der
Gesichtsausdruck
gezeichnet, die
aber auch streng-
fen war ertrau-
trefende Walte
zwischen den B-
ursprünglichen
wie ein Mensch
und wenig schä-
licht, war schim-

Bochum, 6. Febr.

(Fortsetzung folgt.)

Rudolf Mosse, Abteilung Adress-
bücher und Codes **Berlin SW 19/8**
Postscheckkonto Berlin 28517. — Telegr.-Adr.: Dramosse. —
Jerusalemmer Strasse 46-49.

